

**Ergebnisprotokoll**  
**über die**  
**67. Sitzung des Kreisausschusses**  
**des Landkreises Rottal-Inn**

<b>Sitzung am</b>	<b>Mittwoch, den 22.01.2014</b>
<b>Sitzungsort/Raum</b>	<b>Gebäude 5, kleiner Sitzungssaal</b>
<b>Sitzungsbeginn:</b>	<b>15:00 Uhr</b>
<b>Sitzungsende:</b>	<b>16:15 Uhr</b>

Öffentliche Sitzung.  
Es folgt eine nichtöffentliche Sitzung.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, welche dem Protokoll beigelegt sind.

**Genehmigt und wie folgt unterschrieben:**

**Eleonore Jackson-Hope**  
**Protokollführerin**

**Michael Fahmüller**  
**Landrat**

## **Ergebnisprotokoll** über die **67. Sitzung des Kreisausschusses** am Mittwoch, den 22.01.2014

---

### Öffentlicher Teil

#### **Top 1      Mitteilungen**

##### **Top 1.1    Breitband: Anfrage im Kreisausschuss am 11.12.2013**

Kreisrat **Rettenbeck** stellt bezüglich des Breitbandausbaues die Frage, ob eine bayernweite flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit 50 MB realistisch sei. Welche durchschnittliche Geschwindigkeit stehe zurzeit im Landkreis Rottal-Inn zur Verfügung und wieviel würde der Ausbau mit Glasfasertechnik auf 50 MB kosten.

---

#### **Eine flächendeckende Versorgung mit mind. 50 Mbit/s ist nur mit Glasfaser bis ins Haus zu realisieren (FTTH).**

Die Bayerische Staatsregierung schätzt die Kosten für einen flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes in Bayern auf bis zu 20 Milliarden Euro für ca. 6 Mio Haushalte.

(Der Ausgangspunkt sind bundesweite Gesamtkosten in Höhe von 80 Milliarden Euro. Bayern hat aber als Flächenland mit einem erhöhten Anteil eher dünn besiedelter Regionen, höhere Ausbaukosten als der Bundesdurchschnitt zu tragen. Der Erschließungsaufwand wurde mit einem Investitionsindex errechnet – 4 Stufen: gering, unterdurchschnittlich, überdurchschnittlich, hoch.

Der Landkreis Rottal-Inn ist mit überdurchschnittlichen Kosten eingestuft.

(Quelle: Bay. Staatskanzlei 2012)

Neueste Erhebungen haben für Deutschland von einem Investitionsvolumen von 20 bis zu 94 Milliarden Euro errechnet.

(Quelle: TÜV-Rheinland, August 2013)

**Die Berechnung einer durchschnittlichen Übertragungsgeschwindigkeit ist nicht aussagekräftig.** Die Verfügbarkeit im Landkreis bewegt sich zwischen 384 Kbit/s und 50 Mbit/s, je nach vorhandener Infrastruktur und Ausbaustatus. Im Breitbandatlas des Bundes gibt es eine Darstellung der ungefähr verfügbaren Bandbreiten für jede Gemeinde, die Einträge werden von den TK-Anbietern übergeben, die Darstellung zeigt die maximale Breitbandverfügbarkeit anbieterunabhängig.

Für den Landkreis wurde in Zusammenarbeit mit einem Planungsbüro die vorhandene Infrastruktur erfasst. Die Karten werden pro Gemeinde noch detailliert bearbeitet, um in Hinblick auf die Vorgaben des Förderprogrammes mögliche Erschließungsgebiete festlegen zu können.

Es zeichnet sich als Lösungsansatz ein stufenweiser Aufbau von Glasfaserinfrastruktur ab:

1. Stufe:

mit dem Förderprogramm 2012/2017, kurzfristig Ausbau des aktuell bestehenden Bedarfs:

Glasfaser bis zu den Kabelverzweigern (FTTC)

als Zwischenschritt hin zum Aufbau flächendeckender Glasfasernetze

2. Stufe:

mittel-/langfristig flächendeckender Aufbau von FTTB:

nachgelagert weiterer Glasfaserausbau bis in die Gebäude in FTTC erschlossenen Gebieten

Zusätzlich wird bei den Sondierungsgesprächen mit den TK-Anbietern ein möglicher eigeninvestiver Ausbau besprochen (Bsp.: Aufrüstung auf VDSL, Kabel Deutschland) Kombiniert werden sollte dieser Ansatz durch den Ausbau von Mobilfunk (LTE).

Eine detaillierte Schätzung der notwendigen Investitionskosten für den Landkreis Rottal-Inn für einen flächendeckenden Glasfaserausbau (FTTH) gibt es nicht. Zu beachten ist auch, dass nicht nur Investitionskosten für den Ausbau entstehen, sondern für ein Netz laufend Betriebskosten anfallen, die der TK-Anbieter bei Berechnungen der Wirtschaftlichkeit mit einplanen muss.

Eine detaillierte Berechnung wäre mit einem erheblichen Zeit- und Kostenaufwand verbunden. Aufwendige Studien für Deutschland und Bayern wurden bereits in Auftrag gegeben und mögliche Szenarien und Kosten dargestellt.

Herr **Herfellner** erläutert den Sachverhalt und stellt heraus, dass die gestellten Fragen, zum jetzigen Zeitpunkt, leider nicht wie gewünscht beantwortet werden können.

### **Top 1.2 Anfrage im Kreisausschuss am 11.12.2013 zu den Kosten von garantierten Sitz- und Stehplätzen im ÖPNV von Kreisrat Rettenbeck**

#### Zwischenbericht

Aus einem Schreiben von Herrn Staatsminister Zeil an einen Landtagsabgeordneten im April 2009 geht hervor, dass nach Schätzungen von Unternehmen mit Mehrkosten von 30 – 40 % zu rechnen wäre, sollten die Stehplätze abgeschafft werden.

Zur konkreten Situation im Landkreis Rottal-Inn wird gerade eine Erhebung bei den Verkehrsunternehmen durchgeführt.

Herr **Herfellner** erklärt hierzu, dass von ca. 2/3 der Befragten bereits Antworten vorliegen. Aus den sich daraus ergebenden Erkenntnissen werden sich die Kosten im oberen Bereich der Schätzungen von Staatsminister Zeil befinden.

### **Top 1.3 Anfrage im Kreisausschuss am 11.12.2013 zu den Kriterien der Verteilung der ÖPNV-Mittel auf die Regierungsbezirke von Kreisrat Findl**

Die Anfrage bei der Regierung von Niederbayern zur Verteilung der ÖPNV-Mittel wurde gestellt, sei aber noch nicht beantwortet, teilt Herr **Herfellner** mit.

### **Top 2 Resolutionsantrag der Grünen-Fraktion zum Freihandelsabkommen TTIP**

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss beschließt, dass die Resolution, in der vorliegenden Fassung, an die bayerischen Europaabgeordneten sowie an die Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen Beate Merk weitergeleitet wird.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Anwesend:	12
JA-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0

### Top 3      Wünsche und Anfragen

Kreisrat **Rettenbeck** erwähnt seine Anfrage zur Technikerschule und den letzten Sachstandsbericht, er fragt nach, wie lange es noch dauern werde, bis ein Ergebnis vorliege.

Herr **Herfellner** informiert, dass durch Landrat Fahmüller bereits ein weiteres Schreiben versandt wurde. Die zuständigen Kammern haben ihre Zustimmung erteilt. Eine Entscheidung des Ministeriums stehe noch aus.

Die Antwort zu TOP 1.1 Breitbandausbau, ist für Kreisrat **Rettenbeck** nicht ausreichend. Seines Wissens gebe es zwei Ausbaustufen. Interessieren würden die Kosten bis zu den Kabelverzweigern, die bis 2018 fertig gestellt werden sollen.

Herr **Herfellner** teilt mit, dass diese Kosten noch nicht bekannt seien. Sie liegen erst vor, sobald die Förderverfahren anlaufen und die Angebote der einzelnen Anbieter eingehen. Grundsätzlich sei der Ausbau im Aufgabenbereich der Kommunen. Aufgrund der Fehlschläge in der letzten Förderphase habe sich der Landkreis bereit erklärt, die neue Förderphase zu koordinieren. Durch neue Vorgaben vom Finanzministerium gebe es noch gewisse Unsicherheiten. So sollen z. B. die Vermessungsämter verschiedene Zuständigkeiten bekommen. Anfang Februar werde in der Regierung ein Gespräch stattfinden, das diese Unsicherheiten klären soll.

Zum jetzigen Zeitpunkt sei es sehr schwierig, konkrete Antworten zu geben. Er biete aber den Gremiumsmitgliedern an, sich in der Stabstelle über den aktuellen Sachstand und die Vorgehensweisen zu informieren.

Kreisrat **Rettenbeck** bittet an die Verwaltung, die Kosten bis zu den Kabelverzweigern, bei einem Ausbau bis 50 Mbit, zu ermitteln.

Die von Herrn Herfellner angebotenen Informationen zum Breitbandausbau sollen im Kreisausschuss oder Kreistag vorgestellt werden.

Kreisrat **Fürstberger** geht nochmal auf den Breitbandausbau ein. Sollte das Programm in der geplanten Form durchgeführt werden, wäre das eine hervorragende Sache. Allerdings müsse das Ergebnis abgewartet werden. Sollte es ein positives Ende haben, dann wäre das für die ländliche Gegend ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Zu den Berechnungen fragt er Herrn Herfellner, ob der Landkreis tatsächlich die Kosten für die Gemeinden berechne.

Dies verneint Herr **Herfellner**. Die Mitwirkung des Landkreises sei dahingehend organisiert, gemeinsam mit den Kommunen die Anforderungen des Programmes im Auge zu behalten. Das werde schon seit 3 Jahren praktiziert. Weiter gehe es darum, herauszufinden, für welche Gebiete dieses Programm zutreffe, und wie diese Gebiete am besten versorgt werden können, damit möglichst viele Unternehmen und Haushalte davon profitieren. Auf Grundlage dieser Planungsarbeit könne ausgeschrieben werden und erst dann können die Gemeinden die Kosten berechnen.

Kreisrat **Rettenbeck** geht auf die Worte von Stefan Haug ein, dass der Landkreis seinem gesetzlichen Auftrag nicht nachkomme und den Simbacher Bürgern eine wohnortnahe medizinische Grundversorgung vorenthalte. Die Verlierer seien die Krankenhäuser. Aus dem Grund möchte er die Verwaltung und Herrn Landrat Fahmüller bitten, Stellung zu beziehen.

Die Information und Kommunikation bezüglich der Krankenhäuser fände er schlecht und es ergeben sich daraus Unzufriedenheit, fährt Kreisrat **Vallee** fort. Die Verwaltung sollte

so bald wie möglich Stellung beziehen. Der Landkreis habe eine Position, es gebe Beschlüsse, und diese können nach außen kommuniziert werden. Nur zu schweigen und hinzunehmen, bedeute für die Bevölkerung, dass die Diskussion einen gewissen Wahrheitsgehalt aufweise.

In der Vergangenheit wurden 500.000 Euro für Beratungen bezüglich der Europaklinik investiert. Auch über dieses Thema müsse gesprochen werden. Bei weiteren Treffen und Diskussionsrunden sollte der Landkreis dabei sein.

Kreisrat **Findl** fragt Kreisrat Vallee, wie diese 500.000 Euro entstanden seien. Kreisrat **Vallee** stellt daraufhin den Antrag, dieses Thema in der nächsten Sitzung auf die Tagesordnung zu setzen und von der Verwaltung informiert zu werden.

Zum Aufsichtsrat erklärt Kreisrat **Vallee**, dass mindestens 4 Sitzungen im Kalenderjahr stattfinden sollten. Bezüglich der Krankenhäuser gebe es sehr wichtige Themen, die in den Fraktionen kommuniziert werden müssten. Es dürfe nicht sein, dass Sitzungen eines Rates, der beaufsichtigt, nur alle 4 Monate stattfinden. Dem Aufsichtsrat muss die Möglichkeit eingeräumt werden, zeitnahe Informationen zu erhalten und zeitnah Kontrolle auszuüben.

Kreisrat **Reiser** bittet darum, die Investition von 1 Mio. Euro für die Telefon- und Fernsehanlage in den Krankenhäusern sachlich zu kommunizieren. Alles andere sei kontraproduktiv. Außerdem möchte er wissen, ob die Kapelle gebaut werde oder ob diese zurückgestellt worden sei.

Die **Vorsitzende** weist daraufhin, dass diese Themen in den Zuständigkeitsbereich der Rottal-Inn-Kliniken GmbH und des Aufsichtsrates fallen.

Kreisrat **Vallee** geht auf eine Frage in der letzten Kreistagssitzung ein, wieviel Fördergelder in den Landkreis geflossen seien und betont, dass die Antwort darauf noch fehle. Herr Sammer habe zugesagt, diese Zahl zu liefern.

Die Antwort von Herrn **Sammer** ist nach der Sitzung eingetroffen und wird im Anschluss aufgeführt.

Von 2004 - 2013 gab es 6 Kleinprojekte, für diese wurden Fördergelder in Höhe von 269.759 Euro zur Verfügung gestellt. Insgesamt 24 Großprojekte in diesem Zeitraum wurden mit 3.949.006 Euro gefördert.

Ebenfalls noch offen sei, ob das Geld für den ÖPNV bereits eingetroffen sei, meint Kreisrat **Vallee**.

Herr **Herfellner** teilt mit, dass noch am Tag der letzten Kreisausschusssitzung der Bescheid einging.

Kreisrat **Reiser** greift die angebliche Wohnraumnot im Asylbewerberheim in Pfarrkirchen auf. Es heißt, es sei überbelegt, und es gebe immer wieder Wechsel in der Heimleitung.

Frau **Huber** informiert, dass zum jetzigen Zeitpunkt im Personalwohnheim in Pfarrkirchen nicht von einer Überbelegung gesprochen werden kann.

Zum Ende 2013 ist ein Mitarbeiter der Heimleitung ausgeschieden. Die Heime werden jetzt von zwei vollbeschäftigten Mitarbeiterinnen geleitet.

## **To Do Liste**

### **67. KA 22.01.2014 Top 3 Wünsche und Anfragen**

Kreisrat **Rettenbeck** bittet

- Die Verwaltung, die Kosten bis zu den Kabelverzweigern, bei einem Ausbau bis 50 Mbit, zu ermitteln.
- die von Herrn Herfellner angebotenen Informationen zum Breitbandausbau im Kreisausschuss oder im Kreistag vorzustellen.
- die Verwaltung und Herrn Landrat Fahmüller zu den Vorwürfen von Stefan Haug Stellung zu nehmen.

Kreisrat **Vallee** fragt nach / bittet

- den Aufsichtsratsvorsitzenden mehr Sitzungen des Aufsichtsrates einzuplanen.
- wie die Beratungskosten in Höhe von 500.000 Euro für die Europaklinik entstanden seien und bitte die Verwaltung, dieses Thema in der nächsten Sitzung auf die Tagesordnung zu setzen.